



die lobby für kinder



Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Pressemappe



die lobby für kinder



Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut

Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Inhalt der Pressemappe

- ▶ Gesprächspartner
- ▶ Memorandum Kinderarmut
- ▶ Statements
- ▶ Pressemeldung
- ▶ Fakten
- ▶ Kurzprofile AWO, DKSB, DER PARITÄTISCHE
- ▶ Bündnispartner - Kommunikationsdaten



die lobby für kinder



Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Gesprächspartner

Dieter Greese

Vorsitzender Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Hofkamp 102, 42103 Wuppertal

Tel.: 02 02 / 7 4 7 6 5 8 8 0, FAX: 02 02 / 7 4 7 6 5 8 8 1 0, info@dksb-nrw.de, www.dksb-nrw.de

Gunder Heimlich

Vorsitzender Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft NRW

Lützowstraße 32, 45141 Essen

Tel.: 02 01 / 3 1 0 5 - 2 1 0, FAX: 02 01 / 3 1 0 5 - 2 7 6, info@awo-niederrhein.de, www.awo-nr.de

Guntram Schneider

Vorsitzender DGB Bezirk NRW

Friedrich-Ebert-Straße 34 - 38, 40210 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 3 6 8 3 - 1 1 0, FAX: 02 11 / 3 6 8 3 - 1 5 9, guntram.schneider@dgb.de, www.nrw.dgb.de



Arbeiterwohlfahrt
Landesarbeitsgemeinschaft
Nordrhein-Westfalen

LAG AWO NRW

Der Vorsitzende

Lützowstraße 32
45141 Essen

Tel. 02 01 / 3105 - 201
Fax 02 01 / 3105 - 276

lag-awo-nrw@awo-niederrhein.de
www.awo-nrw.de

Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Statement

von

Gunder Heimlich

Vorsitzender LAG AWO NRW

+ + + es gilt das gesprochene Wort! + + +

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über Ihr Interesse und danke Ihnen schon vorab für Ihre Berichterstattung, die dazu beiträgt, die Armut von Kindern und Jugendlichen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Als wir im Jahr 1999 begonnen haben, uns mit der Kinderarmut zu befassen, haben wir es nicht für möglich gehalten, dass wir dies so viele Jahre mit immer größerer Intensität tun müssten. Doch immer noch ist es nicht gelungen, ausreichenden Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, der sie veranlasst, für Abhilfe zu sorgen.

Unsere reiche Gesellschaft und die politisch verantwortlichen Menschen nehmen offenbar hin, dass mittlerweile fast 800.000 Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen: sozial isoliert, höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und in unserem sozial selektierenden Bildungssystem auf die untersten Ränge verwiesen.

Mit der heutigen Landespressekonferenz starten wir eine neue gemeinsame Offensive zur Bekämpfung der Kinderarmut:

In unserem Bundesland NRW haben sich

- die Arbeiterwohlfahrt
- der Deutsche Gewerkschaftsbund
- die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- der Deutsche Kinderschutzbund und
- der Paritätische

zu einem **Bündnis zur Bekämpfung von Kinderarmut** zusammengeschlossen.

Als Auftakt unserer Offensive legen wir heute unser „Memorandum zur Bekämpfung von Kinderarmut“ vor. Es formuliert ein 10-Punkte-Programm, das nicht nur politisches Handeln einfordert, sondern auch praktische Wege zur Bekämpfung der Kinderarmut zeigt. Das A und O dabei ist eine **präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems**.

Zu den **Fakten**:

Laut Sozialbericht 2007 des Landes NRW sind, wie schon gesagt,

von ca. 3,3 Mio. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren fast 800.000 von Armut betroffen.

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Sozialberichts hat sich daran nichts geändert. Auch 2009 gilt:

Fast jedes 4. Kind in NRW ist arm.

Die Politiker zeigen sich zwar betroffen. Aber strukturelle Veränderungen für eine wirksame, dauerhafte Abhilfe sind nicht zu erkennen. Die Ansätze zur Bekämpfung der Kinderarmut bleiben in Bund und Land oft Stückwerk. Zuständigkeiten werden hin und her geschoben. Runde Tische werden eingerichtet, zeigen aber kaum spürbare Erfolge.

Die Landesregierung beschränkt sich auf eine moderierende Rolle. Sie wird ihrer Verantwortung in den Bereichen Bildungs-, Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik nicht gerecht. Sie unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern. Im Gegenteil! Da werden Kommunen - in der Regel mit hohen sozial benachteiligten Bevölkerungsanteilen - im Haushaltssicherungskonzept sogar gezwungen, Elternbeiträge für die Kinderbetreuung anzuheben, während u.a. die Landeshauptstadt Eltern sogar beitragsfrei stellt.

Das „Memorandum Kinderarmut“ fordert dagegen ein abgestimmtes Bildungs- und Sozialstaatskonzept, das die Kinderarmut konsequent angeht und sich nicht auf Stückwerk beschränkt.

Unsere **politischen Kernforderungen** sind:

1. Eine **existenzsichernde Grundsicherung aller Kinder** in Deutschland.

Jedes Kind ist gleich viel wert!

2. Ein **Systemwechsel in der Politik** für Kinder, Jugendliche und Familien.

Das Problem Armut von Kindern und Jugendlichen lässt sich nicht mit Almosen und ehrenamtlichem Engagement lösen. Für Abhilfe sorgen kann aber ein **Rechtsanspruch** auf strukturelle, nachhaltige Hilfen. Beispiele zeigt das Memorandum.

Im Jahre 2007 wurden in NRW fast 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben.

Dagegen gibt es so gut wie keine Rechtsansprüche auf präventive Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien, die Krisenintervention überflüssig machen. Das 10-Punkte Programm unseres Memorandums zeigt auch den Weg für eine Kehrtwendung in der Kinder- und Jugendhilfe.

Wir hoffen, dass das „Memorandum Kinderarmut“ zur Pflichtlektüre für die verantwortlichen Politiker aller Parteien wird. Wir werden nicht locker lassen, uns für die Bekämpfung der Kinderarmut einzusetzen.

Prävention ist Kinderrecht

Einführendes Statement von Dieter Greese, Vorsitzender des DKSB LV NRW e.V.

Wir befinden uns im 20. Jahr nach Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Dazu stellt Dieter Greese, Landesvorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes in NRW, bedauernd fest, dass es in unserem Land immer noch schlecht bestellt ist um die Rechte der Kinder auf Vorrang des Kindeswohls, Bildung, Gesundheit, Gewaltfreiheit, ausreichender materieller Versorgung und Partizipation.

Hunderttausende von Kindern kommen ungewollt auf die Welt, werden in Armutsmilieus hineingeboren, müssen mit Eltern aufwachsen, die ihren Kindern auf Grund eigener Hilflosigkeit und mangelnder Voraussetzungen nicht das nötige Rüstzeug für ein erfolgreiches Leben in eigener Verantwortung mit auf den Weg geben können oder wollen. Da hilft es in der Regel nicht, immer wieder auf entsprechende rechtliche Verpflichtungen der Eltern zu verweisen.

Bundesweit erhielten 2007 810.000 junge Menschen Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Allein die Unterbringungen in Heimen und heimähnlichen Einrichtungen stiegen von 2006 auf 2007 um 17 %. Das sind 28.700 Neueinweisungen. Die Kommunen mussten dafür 5,5 Milliarden € aufwenden.

Die Masse der Empfänger solcher erzieherischen Hilfen liegt in der Altersspanne 8 – 16 Jahre. Daraus folgert Dieter Greese, dass die Maßnahmen erst dann einsetzen, wenn viel zu vieles schon schief gelaufen ist.

Das Problem der wachsenden Erziehungsbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen korreliert mit dem Ausmaß der Kinderarmut, obwohl natürlich auch gut situierte Familien gelegentlich in der Erziehung ihrer Kinder versagen können, so Greese. Wo aber zu Hause die Mittel fehlen, Kindern anregende und beziehungsintensive Aufwuchsbedingungen zu schaffen, muss das Maß an öffentlicher Verantwortung für das Kindeswohl von Anfang an steigen.

Wir plädieren deshalb, so Greese für die Autoren des Memorandums, dafür, umzusteuern von spät einsetzenden Reparaturmaßnahmen zu frühzeitiger Prävention, resp. bedarfsgerechten frühen Hilfen.

Die Startbedingungen für unsere Kinder in ein wahrlich kompliziert gewordenes Leben und die Sicherstellung ihrer verbrieften Rechte können nicht allein von der Kinder- und Jugendhilfe verlangt werden. Wir haben

deshalb das Modell der Präventionskette erarbeitet, das verdeutlichen soll, dass auch andere Verantwortungsträger als Kettenglieder in der Mitverantwortung stehen. Insbesondere sind hier der Gesundheitsbereich, die Schule und die berufliche Bildung gefordert. Im Verlauf einer Kinder- und Jugendbiographie stehen einzelne Kettenglieder jeweils im Mittelpunkt. Sie müssen aber ihr professionelles Korsett überwinden und mit allen vorangegangenen und nachfolgenden Gliedern in Kontakt und Austausch bleiben. Das erfordert personelle Ressourcen für Steuerung und Management. Für den Bereich der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen stellt Dieter Greese fest: Die Freistellungsquote von 10 % pro Kindergartengruppe nach dem KiBiZ ist dafür völlig unzureichend.

Es ist nach Meinung des NRW-Kinderschutzbundes nicht hinzunehmen, dass in NRW nur ca. 85 % aller anspruchsberechtigten Kinder einen Kindergarten besuchen und dass NRW zusammen mit Niedersachsen das Schlusslicht bildet beim Ausbau des Platzangebots für Kinder unter drei Jahren. Wenn zu wenige Plätze angeboten werden, werden vorrangig die Eltern die Plätze in Anspruch nehmen, die Familie und Beruf vereinbaren müssen. Für die Armen bzw. Benachteiligten bleibt dann nichts. Es ist auch falsch, sagt Dieter Greese, das letzte Kindergartenjahr vor der Schule beitragsfrei machen zu wollen. Grundsätzlich müssen alle Kostenhindernisse für den Kindergartenbesuch beseitigt werden, damit alle Eltern ohne Diskriminierungsdruck freien Zugang zum Eintritt in die frühkindliche Phase öffentlicher Bildung erhalten. Für den Einstieg dazu ist es deshalb sinnvoll, im ersten Kindergartenjahr alle Kostenbelastungen für Eltern und Kinder zu beseitigen.

Hinsichtlich der offenbar inzwischen von allen anerkannten großen Bedeutung der frühen Bildung war der wochenlange Streit um bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte in den Tageseinrichtungen für Kinder und in sozialen Diensten ein beschämendes Zeugnis für die politischen Verantwortungsträger, so Dieter Greese. Kontraproduktiv ist es dementsprechend auch, nun noch damit zu drohen, die Eltern deswegen stärker zur Kasse zu bitten.

Der von der Landesregierung eingerichtete „Runde Tisch – Kinder in Not“ ist eine Chance für die Entwicklung solcher Präventionsketten. Dazu muss er aber von Quantität auf Qualität umschalten.

Das von immer mehr Kommunen übernommene Frühförderkonzept der Stadt Dormagen belegt eindrucksvoll, dass kostenträchtige Qualitätssteigerungen in der Prävention durch später weniger erforderliche Reparaturmaßnahmen mehr als kompensiert werden können.

**Statement
Landespressekonferenz am 18. August 2009**

Guntram Schneider, DGB NRW

**Kinder sind die Hauptleidtragenden zunehmender Verarmung in Deutschland durch
Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen**

Die Zahlen sind erschreckend: Jeder vierte junge Mensch unter 18 Jahren in NRW lebt in materieller Armut. Rund 776.000 Kinder und Jugendliche sind von dieser Einkommensarmut betroffen. Die weit verbreitete Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen und gesellschaftlicher Entwicklungen. Wenn Eltern in Folge von sinkenden Reallöhnen, Arbeitslosigkeit und zusätzlichen Belastungen verarmen, trifft es die Kinder besonders hart.

Wenn, wie in Deutschland in den letzten Jahren die Armut steigt, sind die Kinder die Hauptleidtragenden. Die Kürzungen bei Bildung und den sozialen Sicherungssystemen verschärfen die Armutproblematik weiter. Schlimmer noch: Kinder sind nach der Arbeitslosigkeit der Hauptgrund dafür, dass Familien (einkommens-)arm sind.

Seit langem wird in der politischen Prosa – vor allem vor dem Hintergrund anhaltend sinkender Geburtenraten - die große Bedeutung der Kinder für die Zukunft herausgehoben. Doch in der politischen Praxis wird viel zu wenig in unsere Kinder, in ihre Betreuung, Bildung und in ihr gesundes Aufwachsen in einem intakten familiären und sozialen Umfeld investiert.

Die Hauptursachen für Familien in Armut und damit auch für die steigende Kinderarmut liegen im dramatischen Anwachsen des Niedriglohnbereichs und in der hohen Sockelarbeitslosigkeit. Working Poor ist kein Fremdwort mehr in Nordrhein-Westfalen. Immer mehr Eltern können von ihrer Arbeit nicht mehr oder nicht dauerhaft leben. Im März dieses Jahres gab es in NRW 265.202 Menschen, deren Lohn allein zum Leben nicht reicht und durch ALG II aufgestockt werden musste. Über 20 % der abhängig Beschäftigten (inkl. Teilzeit und Minijobs) arbeiten in NRW im Niedriglohnbereich. Auf der Basis von prekärer Beschäftigung, auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhnen lassen sich schlecht Familien gründen.

Armut hat viele Gesichter. Materielle Armut ist eines davon, aber es gibt auch Armut in der Bildung und der Gesundheit. Die verschiedenen Armutsdimensionen sind eng miteinander verknüpft. Gerade die zentralen Armutsdimensionen Einkommen, Bildung und Gesundheit bedingen und verstärken sich gegenseitig. Wer über wenig Einkommen verfügt hat geringere Bildungschancen und umgekehrt.

Immer mehr Kinder müssen auf Taschengeld, Freizeit- und Sportangebote verzichten. Oft ernähren sie sich mangelhaft und sind bei schlechter Gesundheit. Schlechte und einseitige Ernährung und Bewegungsmangel führen zu körperlichen Auffälligkeiten wie Müdigkeit, Konzentrationsproblemen und Übergewicht. Viele Kinder aus benachteiligten Wohnvierteln weisen bereits bei der Einschulung Defizite bei Feinmotorik, Grobmotorik und Sprachfähigkeit auf.

Internationale Vergleichsstudien belegen zudem, dass Bildungs- und Aufstiegschancen in Deutschland stärker als anderswo „vererbt“ werden.

Der im Mai 2009 vorgestellte Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverband verdeutlicht wichtige Aspekte der (Ungleich-)Verteilung von Armut auf der regionalen Ebene. Nordrhein-Westfalen liegt mit einer Quote von 14,6% über dem Bundesdurchschnitt von 14,3%. Auch in innerhalb von Nordrhein-Westfalens gibt es ein beträchtliches „Armutgefälle“. So steht das Münsterland mit 11,8 % Armut relativ günstig da. Anders dagegen das u.a. seit langem von wirtschaftlichen Strukturveränderungen und relativ hoher Arbeitslosigkeit betroffene Rhein-Ruhr-Gebiet, wie Dortmund (18 %), Emscher-Lippe (16,6 %) und Bochum/Hagen (16 %).

Bei diesen Zahlen wird deutlich, dass die verfassungsmäßige Gleichheit der Lebensverhältnisse in NRW nicht gewährleistet ist. Hier steht das Land NRW vor einer wichtigen politischen Herausforderung. Wir fordern verstärktes politisches Handeln, damit das Armutsgefälle und das sehr hohe Armutsrisiko in einzelnen Regionen, Kreisen und Städten überwunden wird. Hier muss die Landesregierung politische Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass gleichwertige Lebensbedingungen innerhalb von NRW hergestellt werden. Und dies gilt umso mehr angesichts der wirtschaftlichen Krise und der zu erwartenden Steigerung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten.

Es ist gut, dass die Landesregierung das Problem Kinderarmut erkannt hat. Doch es reicht nicht, das Problem auf einen bunt gedeckten Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ abzuladen, und damit die Verantwortung an viele Verbände und Organisationen weiterzugeben. So ist es nicht überraschend, dass wir leider ein ernüchterndes Fazit des bisherigen politischen Engagements ziehen:

Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt auch in Land Nordrhein-Westfalen Stückwerk. Zuständigkeiten werden hin und her geschoben. Die Kreise und Kommunen werden in ihrem Bemühen oft allein gelassen. Damit wird präventives Handeln vor Ort erschwert oder gar verhindert.

Ein besonderes Beispiel dieser Art sehen wir in den extrem unterschiedlichen Belastungen bei der Gebührenhöhe für die Kita. Bis 2006 galten in ganz NRW einheitliche Beitragssatz-Regelungen. Doch seit die Landesregierung den Beitragsdefizitausgleich gestrichen und die Elternbeiträge kommunalisiert hat, können die Kommunen ihre Beitragssätze selbst festlegen.

Dieses führt dazu, dass es vom Wohnort abhängt, wie viel Eltern für einen Kindergartenplatz bezahlen müssen. Eine Ganztagsbetreuung für die Kleinsten ist genau da am teuersten, wo die Familien im Schnitt gerade sehr wenig Einkommen zur Verfügung haben. (z.B. in Herne bis 9.240 Euro im Jahr, im Kreis Düren aber nur bis zu 2.820 Euro. In Aachen werden die Eltern dreijähriger Kinder gar nicht herangezogen, in Geldern sind sie selbst bei geringsten Einkommen beitragspflichtig). Indem die Landesregierung diese Ungleichbehandlungen zulässt, treibt sie die soziale Spaltung in unserem Lande voran.

Den Kommunen, in denen viele Eltern den Kindergartenbeitrag nicht aufbringen können, fehlt das Geld in der Kasse. Sie brauchen Unterstützung aus dem Landeshaushalt, wie das bis 2005 der Fall war. Eltern mit geringem Einkommen müssen landesweit von den Beiträgen freigestellt werden, damit die Kinder aus diesen oft sehr belasteten Familien die Bildungseinrichtung Kindergarten frühzeitig besuchen können.

Ein weiterer Baustein, der aufzeigt, dass es der Landesregierung an einem entschlossenen Handeln gegen Kinderarmut mangelt, ist der Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Die dafür bereitgestellten Mittel in Höhe von 10 Mio. Euro erreichen längst nicht alle bedürftigen Kinder. Notwendig bleibt auch hier eine Zufinanzierung der Kommunen, die insbesondere für

finanzschwache Kommunen mit der naturgemäß größten Anzahl armer Kinder, oft nur schwer zu finanzieren ist.

Seitens der Landesregierung wird auch nicht die Ausstattung aller Kinder und Jugendlicher mit den notwendigen Schulbüchern und Lernmaterialien sichergestellt. Auch hier wird der Schwarze Peter den Kommunen und den Familien zugeschoben. Die Regelung im Schulgesetz reicht nicht aus, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien allein aufgrund fehlender Lernmaterialien in unseren Schulen benachteiligt werden.

Und schließlich: Wer Kinderarmut verhindern will, muss auch die soziale Selektion im Bildungssystem abbauen und darf nicht, wie die Landesregierung – gegen den Rat internationaler die nationaler Bildungsexperten – am selektiven dreigliedrigen Schulsystem festhalten. So werden gerade Kindern aus bildungsfernen Familien – zusätzlich - Chancen zu einem fairen Start im Leben verbaut. So werden hohe Hürden geschaffen, um Kindern die Möglichkeit zu geben, sich aus eigener Kraft aus einer Armutskarriere zu befreien.

Zur Bekämpfung der Kinderarmut brauchen wir dringend eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Was die eine staatliche Ebene an Verbesserungen beschließt, darf die andere Ebene nicht gleich wieder einkassieren oder als Vorwand nehmen, bei den eigenen Anstrengungen nachzulassen. Wenn der Bund beispielsweise das Kindergeld oder den Kinderzuschlag erhöht, dürfen die Länder oder Kommunen nicht gleich höhere Kita-Beiträge oder Schulbuchzuzahlungen fordern.

Notwendig ist deshalb ein umfassendes Konzept zur Armutsbekämpfung auf allen drei staatlichen Ebenen und unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen AkteureInnen, wie wir dies im Memorandum vorgeschlagen haben. Es muss Schluss sein damit, dass die CDU-/FDP-Regierungskoalition sich mit Hinweis auf die angespannte Haushaltsslage des Landes ihrer Verantwortung entzieht. Armutsbekämpfung ist eine politische Aufgabe, der höchste Priorität eingeräumt werden muss. Denn nur wenn wir die Kinderarmut jetzt wirksam bekämpfen, können wir Zukunft gestalten. Es langt nicht, Kinderarmut zu beklagen: Die Landesregierung ist gefordert, Geld in die Hand nehmen, um ganz konkrete Maßnahmen, wie wir sie vorgeschlagen haben, zu finanzieren.

Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Presseinformation

AWO, DGB, GEW, Kinderschutzbund und DER PARITÄTISCHE fordern:

Gebt allen Kindern eine Chance!

Ein NRW-Bündnis aus AWO, Deutschem Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Kinderschutzbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband appelliert an die Politiker aller Ebenen endlich gemeinsam, abgestimmt und wirksam gegen die anhaltend hohe Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen vorzugehen. Nordrhein-Westfalen könne es sich nicht leisten, fast 800.000 junge Menschen dauerhaft ins gesellschaftliche Abseits zu stellen. Ein von den Bündnispartnern vorgestelltes Memorandum zur Bekämpfung der Kinderarmut, das an Politiker aller Ebenen und Parteien verteilt werden soll, weist den Weg aus dem Teufelskreis Armut. Den Schlüssel zur Problemlösung sieht das Bündnis in einer präventiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems sowie in der Begleitung der Risikofamilien mit einer Präventionskette von der Geburt der Kinder bis zu ihrem Eintritt in das Berufsleben. Ebenso fordern die Bündnispartner eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Kinder in Deutschland.

„Dieses Ausmaß an Armut in unserem reichen Land ist ein gesellschaftspolitischer Skandal sondergleichen und beschädigt das Ansehen Nordrhein-Westfalens! Arme Kinder leiden unter materiellen Entbehrungen,



die lobby für kinder



sind häufiger krank und sozial isoliert und scheitern überdurchschnittlich häufig an unserem selektiv ausgerichteten Bildungssystem“, sagte Gunder Heimlich, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in NRW, in der Landespressekonferenz und fügte hinzu: „Ein Land mit sinkenden Einwohnerzahlen, das darüber hinaus bei Zuwanderern an Attraktivität verliert, gefährdet seine eigene Zukunft, wenn es das Potential so vieler junger Menschen brach liegen lässt, weil ihnen die notwendige Förderung versagt wird, die den Weg in Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe ebnet.“

Der Sozialbericht 2007 der Landesregierung NRW habe die Warnungen vieler sozialer Organisationen bestätigt und jegliche Zweifel am wahren Ausmaß dieser gesellschaftlichen Problematik beseitigt. Trotz der Veröffentlichung dieser regierungsamtlichen Zahlen sei bisher aber so gut wie nichts geschehen. „Lediglich Betroffenheit zu zeigen, hilft nicht weiter. Wir brauchen dringend Investitionen in die Zukunft, die allen unseren Kindern Chancen auf eine gesellschaftliche Teilhabe eröffnen! Und diese Investitionen finanzieren sich zumindest teilweise fast wie von selbst, weil sie einen hohen Anteil der Kosten für Krisenintervention der Kinder- und Jugendhilfe von derzeit 1,2 Milliarden Euro jährlich überflüssig machen.“, erläuterte Heimlich.

Aus der Sicht von Dieter Greese, Vorsitzender des Kinderschutzbundes NRW, stellt sich das Land NRW mit seiner Tatenlosigkeit ein Armutszeugnis aus, das noch dadurch an Brisanz gewinnt, dass die UN-Konvention über die Rechte des Kindes bereits vor 20 Jahren verabschiedet worden ist. „Welch geringe Bedeutung wir in unserem angeblich so zivilisierten Land den Kindern beimessen, ist absolut unerträglich! Das Recht auf Bildung, Gesundheit, Gewaltfreiheit, ausreichende materielle Versorgung und Partizipation wird bei uns vielhunderttausendfach mit den Füßen getreten! Dabei müssten wir dem Vorrang des Kindeswohls - in unser aller eigenem Interesse - allerhöchste Priorität beimessen!“, empörte sich Greese. Statt bundesweit 5,5 Mrd. Euro jährlich für den Reparaturbetrieb Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen auszugeben, müsse in bedarfsgerechte frühe Prävention investiert werden.

Das dramatische Anwachsen des Niedriglohnbereichs und die hohe Arbeitslosigkeit sind für DGB-NRW-Vorsitzenden Guntram Schneider die Hauptursachen für Familien in Armut. „Working Poor ist längst kein Fremdwort mehr in Nordrhein-Westfalen! Auf der Basis von prekärer Beschäftigung, auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Niedriglöhnen lassen sich schlecht Familien gründen!“, stellte Schneider fest und bemängelte die „politische Prosa“, mit der immer wieder die Bedeutung der Kinder für die Zukunft herausgehoben werde, ohne aber ausreichend in Betreuung, Bildung und gesundes Aufwachsen in einem intakten familiären und sozialen Umfeld zu investieren. Für den DGB-Vorsitzenden ist die weit verbreitete Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen eindeutig das Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen und gesellschaftlicher Entwicklungen. Schneider: „Zur Bekämpfung der Armut brauchen wir dringend eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Was die eine Ebene an Verbesserungen beschließt, darf die andere Ebene nicht gleich wieder einkassieren oder als Vorwand nehmen, bei den eigenen Anstrengungen nachzulassen.“

Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut

Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Fakten

Sozialberichte Landesregierung NRW

Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen

MAGS NRW, Februar 2009

Kinder in NRW sind überdurchschnittlich häufig von materieller Armut betroffen: 24,3 Prozent leben in einkommenarmen Haushalten (Armutsrisiko Gesamtbevölkerung: 14,1 Prozent).

Armutsrisiko **Zahl der Kinder / alleinerziehende Eltern:**

- Einzelkinder in Paarhaushalten 12,1 Prozent
- zwei Kinder in Paarhaushalten 16,0 Prozent
- drei Kinder in Paarhaushalten 33,0 Prozent
- vier Kinder und mehr in Paarhaushalten 59,3 Prozent
- Kinder von Alleinerziehenden 42,6 Prozent

Armutsrisiko **Migrationshintergrund:**

- Kinder mit Migrationshintergrund 41,4 Prozent

Armutsrisiko **Erwerbslosigkeit:**

- Kinder mit zwei nicht-erwerbstätigen Eltern 83,2 Prozent

„Wenn es nicht gelingt, die enge Verbindung zwischen sozialer sowie ethnischer Herkunft und den Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder zu durchbrechen, bedeutet dies nicht nur Perspektivlosigkeit für die betroffenen Kinder und – möglicherweise gravierende – Probleme hinsichtlich des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es auch ein volkswirtschaftliches Problem, wenn einem Teil der Kinder Entwicklungs- und Bildungschancen verwehrt sind und diese später aufgrund mangelnder Arbeitsmarktchancen den Sozialstaat belasten, statt zu seiner Finanzierung beizutragen. „Wenn also die vielen armen Kinder nicht hinreichend gefördert werden, bringt das nicht nur die Wirtschaft unter Druck, sondern auch den Sozialstaat. Es gefährdet das Modell unserer Gesellschaft, das auf dem Ideal gleicher Chancen für alle fußt, und beschleunigt ihre Spaltung.“ (Meyer-Timpe 2008)“

zit aus: Sozialbericht NRW, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Februar 2009, S. 37
http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/sozialberichte/index.php

Hilfe für Kinder in Not

MAGS und MGFFI NRW, März 2009

„Materielle familiäre Armut stellt einen tief greifenden Risikofaktor für mangelnde Verwirklichungs- und Teilhabechancen von Kindern dar. Die Folgen dieser Armut sind für Kinder besonders gravierend, weil sie sich nicht aus eigener Kraft der Armut entziehen können. Häufig fehlt es ihnen an der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. So sind von Armut betroffene Kinder einem erhöhten Risiko hinsichtlich des Wohnraums, der Wohnausstattung und des Wohnumfeldes ausgesetzt. Auffällig ist auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Zunehmend wachsen Kinder armer Eltern und Kinder aus der bürgerlichen Mittelschicht in getrennten Lernwelten auf, was die Segregationsprozesse noch verstärkt und die soziale Kluft wachsen lässt. Armut bei Kindern begünstigt und fördert ein ungünstiges Gesundheitsverhalten, psychosoziale Belastungen und Defizite in der sozialen Kompetenz.“

zit aus: Zwischenbericht der Landesregierung zum Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“, S. 32/33
http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/sozialberichte/index.php



die lobby für kinder



Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut

Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Kurzprofile

AWO, DKSB, DER PARITÄTISCHE

Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft NRW

Die AWO in NRW umfasst die vier Bezirksverbände Mittelrhein, Niederrhein, Ostwestfalen-Lippe und Westliches Westfalen. Föderativ aufgebaut gehören zu diesen Bezirksverbänden 51 Kreisverbände der AWO mit 878 Ortsvereinen. Knapp 3.000 Einrichtungen und Dienste betreibt die AWO in NRW und deckt dabei das gesamte Spektrum von der Kindertagesstätte bis zum Seniorenzentrum ab. In Nordrhein-Westfalen sind mehr als 30.000 Menschen hauptamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt beschäftigt. Fast ebenso viele engagieren sich ehrenamtlich für den Verband, der mehr als 120.000 Mitglieder hat und einen Jahresumsatz von 1,21 Mrd. Euro ausweist.



die lobby für kinder



Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.: die Lobby für Kinder

Kinder brauchen Zuneigung und Wärme, gesunde Ernährung, angemessene Wohnverhältnisse und Bildung. Und Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gewalttätigkeit, Verfolgung und Ausbeutung. Soweit das Ideal - der Alltag sieht für viele Kinder jedoch anders aus.

Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen verbessern, ihre Rechte stärken und Familien fördern - für den Kinderschutzbund sind dies die Grundmaximen seines Handelns. Nicht am Reißbrett, sondern in der täglichen Arbeit werden diese ganz konkret umgesetzt.

Der DKSB LV NRW e.V. ist mit gegenwärtig 103 zusammengeschlossenen DKSB Orts- und Kreisverbänden der größte Landesverband in Deutschland. Etwa 13.000 Frauen und Männer unterstützen die Arbeit der DKSB Orts- und Kreisverbände durch ihre Mitgliedschaft.

3.000 ehrenamtlich tätige Frauen und Männer und 540 bezahlte Fachkräfte etwa leisten Kinderschutzarbeit vor Ort in den Orts- und Kreisverbänden.

DER PARITÄTISCHE Landesverband NRW e.V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Nordrhein-Westfalen ist als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege für rund 3.000 gemeinnützige Organisationen tätig, die mit mehr als 4.300 Diensten und Einrichtungen ihre Hilfen und Dienstleistungen in allen Feldern sozialer Arbeit anbieten. 100.000 hauptamtlich Beschäftigte und 55.000 Ehrenamtliche sind in den Organisationen tätig. Der Paritätische in NRW leistet für seine Mitgliedsorganisationen fachliche und betriebswirtschaftliche Beratung und er vertritt ihre Interessen gegenüber Politik, Verwaltung, Ministerien, Kostenträgern und der Öffentlichkeit. Durch Angebote der Fortbildung und des Qualitätsmanagements sichert er die fachlichen Standards in der Sozialen Arbeit. Der Verband ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Er ergreift Partei für die sozialpolitischen Interessen seiner Mitgliedsorganisationen und für die von ihnen betreuten Menschen.



die lobby für kinder



Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

Memorandum Kinderarmut

Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Die Bündnispartner - Kommunikationsdaten

Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft NRW

Lützowstraße 32, 45141 Essen

Tel.: 02 01 / 31 05 - 0, FAX: 02 01 / 31 05 - 276, info@awo-niederrhein.de, www.awo-nr.de

DGB Bezirk NRW

Friedrich-Ebert-Straße 34 - 38, 40210 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 36 83 - 0, FAX: 02 11 / 36 83 - 159, info@dgb.de, www.nrw.dgb.de

DER PARITÄTISCHE Landesverband NRW e.V.

Loher Straße 7, 42283 Wuppertal

Tel.: 02 02 / 28 22 - 0, FAX: 02 02 / 28 22 - 110, mail@paritaet-nrw.org, www.paritaet-nrw.org

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Hofkamp 102, 42103 Wuppertal

Tel.: 02 02 / 74 76 58 80, FAX: 02 02 / 7 47 65 88 10, info@dksb-nrw.de, www.dksb-nrw.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW

Nünningstraße 11, 45141 Essen

Tel.: 02 01 / 29 40 - 301, FAX: 02 01 / 29 40 - 351, info@gew-nrw.de, www.gew-nrw.de